

Source : <https://www.nzz.ch/international/ehgattensplitting-und-elterngeld-das-herz-der-ampel-schlaegt-auch-fuer-die-reichen-ld.1747082>

## **Ehegattensplitting und Elterngeld: Das Herz der «Ampel» schlägt auch für Reiche**

In Deutschland tobt eine Debatte über Steuermodelle und Transferleistungen. Hinter der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit steckt ein System, das vor allem Geringverdiener teuer zu stehen kommt.

Johannes C. Bockenheimer, Berlin 15.07.2023, 05.30 Uhr 4 min

Egal ob alt, arm oder krank: Der deutsche Staat hat ein grosses Herz für seine Bürger. Jedes Jahr verteilt er einen dreistelligen Milliardenbetrag in Form von Sozialleistungen, Zuschüssen und Steuervergünstigungen, um damit Menschen zu helfen, die wenig Glück im Leben hatten. Es ist gut investiertes Steuergeld: Denn ein würdevolles Leben muss auch jenen Bürgern möglich sein, die ein Schicksalsschlag ereilt hat.

Neuerdings hat die Bundesregierung indes eine weitere Bedürftigkeitsgruppe für sich entdeckt: die der Wohlhabenden und Vermögenden. Zu diesem Schluss muss kommen, wer die jüngste deutsche Debatte über das Ehegattensplitting und das Elterngeld verfolgt hat.

Angestossen hat sie Bundesfamilienministerin Lisa Paus mit ihrer Ankündigung, den Kreis der Anspruchsberechtigten für das Elterngeld verkleinern zu wollen. Es folgte ein Sturm der Entrüstung: Die «Ampel» habe den sozialen Kompass verloren, hiess es. Die Berliner Zeitung «Tagesspiegel» etwa [kommentierte wütend](#), die Einsparungen führten zu einem «familienfeindlichen Setting», mit dem «patriarchale Strukturen» verfestigt würden.

### **Geringverdiener zahlen, Gutverdiener kassieren**

Im Eifer des Gefechts konnte man beinahe den Eindruck gewinnen, die Regierungskoalition wäre drauf und dran, den Sozialstaat abzuschaffen. Was mit der Realität nicht viel zu tun hat, wenn man sich mit dem ursprünglichen Gedanken beschäftigt, der hinter der Transferleistung steckt. «Das Elterngeld zielt vor allem auf Akademiker und Gutverdiener», erklärt Clemens Fuest, Präsident des

Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo. «Mit den Ausgleichszahlungen will der Staat sie dabei unterstützen, Kinder zu bekommen.»

Das Elterngeld ist also eine Leistung, man muss es in aller Deutlichkeit sagen, die Steuergeld von unten nach oben verteilt. In akademisch geprägten, urbanen deutschen Milieus erfreut sich die Transferzahlung dennoch grosser Beliebtheit. Im Netz stapeln sich die Ratgeber von Reiseagenturen und Travel-Bloggern, die dem privilegierten Publikum erklären, wie der langersehnte Trip nach Neuseeland oder Papua-Neuguinea mit dem Elterngeld endlich zur Wirklichkeit wird.

Auf der anderen Seite stehen Millionen Menschen mit geringen Einkommen und klamme Alleinerziehende, die das Elterngeld zwar mit ihren Steuern mitfinanzieren, sich mit den Zahlungen aber nicht einmal einen Kurzausflug ermöglichen können, sondern im besten Fall die laufenden Kosten decken.

Zwar gebe es eine Studie, die belege, dass die Transferzahlung einen positiven Effekt auf die Neigung von Frauen mit höheren Einkommen haben könne, Kinder zu bekommen, sagt der Ökonom Fuest. Allerdings stelle sich die Frage, ob Reproduktionsanregung bestimmter Teile der Gesellschaft überhaupt ein staatliches Ziel sein solle. «Man muss einen langen Weg gehen, um das Elterngeld zu rechtfertigen. Meines Erachtens sollten staatliche Transfers sich auf Bedürftige konzentrieren. Das spricht eher dafür, die Leistung abzuschaffen», sagt Fuest.

### **Gegenseitige Schuldzuweisungen**

Die Grünen-Politikerin Paus sieht es anders. Erschrocken über die wütenden Reaktionen, nicht zuletzt aus der eigenen, wohlbetuchten Wählerschaft, versuchte die Ministerin die Schuld beim liberalen Koalitionspartner abzuladen. Weil Finanzminister Christian Lindner die Koalition zum Sparen verdonnert habe, bleibe ihr «leider» keine andere Option.

Einen [Schritt weiter ist nun Lars Klingbeil gegangen](#). Der SPD-Parteichef hat einen Finanzierungsvorschlag vorgelegt, um das Elterngeld in seiner jetzigen Form zu retten. Würde nämlich das sogenannte Ehegattensplitting abgeschafft, blieben dem Staat grössere finanzielle Spielräume, um die Elterngeld-Zahlungen an Gutverdiener fortzusetzen, rechnete der Sozialdemokrat vor.

Nun gibt es sehr gute Gründe, die dafür sprechen, das angestaubte Prinzip vom Steuersplitting zu kippen. Der beste Grund: Um den Wohlstand im Land zu erhalten, braucht es jeden Mann und jede Frau, um die Wertschöpfung zu erhöhen. Genau das Gegenteil geschieht aber durch die gemeinsame Veranlagung beim

Ehegattensplitting: Gerade gut ausgebildete Frauen verschwinden nach der Geburt hinter dem Wickeltisch und meiden auch später den Arbeitsmarkt, weil es sich finanziell für sie schlichtweg nicht mehr lohnt.

Denn das 1958 eingeführte Steuerverfahren gibt Ehepaaren die Möglichkeit, gemeinsam veranlagt zu werden, anstatt getrennte Steuererklärungen abzugeben. Das gemeinsame Einkommen wird dabei halbiert, die darauf entfallende Einkommensteuer berechnet und anschliessend die Steuerschuld verdoppelt. Diese Regelung bringt insbesondere Paaren Vorteile, bei denen ein Partner ein deutlich höheres Einkommen hat als der andere. Die Kosten für den Staat liegen bei jährlich rund 20 Milliarden Euro.

### **Überholte Steuerregelung verstärkt Fachkräftemangel**

Der Verlust von Fachkräften durch das Ehegattensplitting sei «signifikant», sagt der Ifo-Chef Fuest, bis zu 200 000 Menschen würden dem Arbeitsmarkt durch die steuerliche Regelung entrissen. Dass Klingbeil diesem volkswirtschaftlichen Irrsinn ein Ende setzen möchte, ist daher richtig. Dass mit den möglichen Mehreinnahmen aber eine Transferleistung gestemmt werden soll, die vor allem Wohlhabenden zugutekommt, das klingt aus dem Mund eines Sozialdemokraten geradezu grotesk.

Aber auch Bundesfinanzminister Christian Lindner macht in der jüngsten Steuerdebatte keine gute Figur. Klingbeils Forderung nach einem Ende des Ehegattensplittings hat der FDP-Chef rundweg abgelehnt. Warum ein liberaler Politiker allerdings an einer Steuerregelung festhält, die den gesellschaftlichen Muff der 1950er Jahre in sich trägt, erschliesst sich nicht. Denn es gäbe mit der konsequenten Individualbesteuerung eine bessere Alternative, die in Österreich, Grossbritannien oder den Niederlanden seit langem Anwendung findet.

Stattdessen bleibt nun (fast) alles beim Alten: Per Steuergesetz diktiert der Staat weiterhin, welche sozialen Beziehungen er als förderungswert erachtet – und welche nicht. Und trotz dem Reförmchen beim Elterngeld werden auch weiterhin Millionen aus Geringverdiener-Portemonnaies in die Taschen der Gutverdiener transferiert, darüber können auch die jetzt geplanten Kürzungen nicht hinwegtäuschen. Die deutsche Steuer- und Sozialpolitik: Sie ist und bleibt ein Trauerspiel.

Passend zum Artikel

### **Mehr von Johannes Bockenheimer (JCB)**

---

## Neueste Artikel

[Alle neuste Artikel](#)

### **Mann in Genf erstochen – Tatverdächtiger verhaftet**

Aktualisiert

vor 3 Stunden 1 min

## Für Sie empfohlen

[Weitere Artikel](#)

### **Mann in Genf erstochen – Tatverdächtiger verhaftet**

Aktualisiert

vor 3 Stunden 1 min